

Pressemitteilung**Hochschule Darmstadt****Martin Wunderlich**

15.04.2013

<http://idw-online.de/de/news528421>Organisatorisches, Wissenschaftspolitik
fachunabhängig
regional**h_da****Zielvereinbarungen mit dem Hessischen Wissenschaftsministerium:
Hochschule Darmstadt soll wachsen**

Darmstadt/Dieburg. Die Hochschule Darmstadt (h_da) wird wegen der steigenden Studienanfängerzahlen deutlich mehr Studierende aufnehmen als bisher geplant. Entsprechende Zielvereinbarungen mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat h_da-Präsident Prof. Dr. Ralph Stengler am vergangenen Mittwoch im Rahmen der hessischen Hochschulleitertagung unterzeichnet. Während die hessische Landesregierung höhere finanzielle Zuweisungen aus dem Bund-Länder-Programm „Hochschulpakt 2020“ zugesagt hat, verpflichtet sich die h_da zur Gründung neuer und zum Ausbau bestehender Studiengänge. Mehr Personal in Lehre und Administration sowie bauliche Erweiterungen sollen das ermöglichen.

Über fünf Jahre soll die h_da jährlich 760 Studierende zusätzlich aufnehmen. Gezählt werden allerdings nur Studierende im ersten Hochschulsesemester, also jene, die vorher noch an keiner anderen Hochschule eingeschrieben waren. Studierende, die nach ein oder zwei Semestern an einer anderen Hochschule zur h_da wechseln, zählen nicht dazu. Zudem gilt die Vereinbarung rückwirkend. Der vereinbarte Zeitraum umfasst die Jahre 2011 bis 2015. Insgesamt sollen so bis 2015 insgesamt 3.800 Studierende an der h_da mehr studieren, als bisher geplant. Ursprünglich sollten mit Geldern aus dem Hochschulpakt 2020 für die h_da lediglich 2.000 Studierende zusätzlich für die Jahre 2011-2015 finanziert werden. Statt rund 12.300 Studierenden (Stand 12.04.2013) werden an der h_da dadurch 2015 voraussichtlich etwa 15.500 Studierende eingeschrieben sein.

Finanzen

2013 erhält die Hochschule Darmstadt aus dem Hochschulpakt 2020 zusätzlich 15 Millionen Euro. Davon sind 5,3 Millionen Euro für Personal, 3,8 Millionen Euro für Sachmittel und Gerätebeschaffung sowie 5,8 Millionen Euro für Bauinvestitionen vorgesehen. 2014 werden aus dem Hochschulpakt 2020 zusätzlich 19 Millionen an die h_da ausgeschüttet. Davon sind 9,6 Millionen für Personal, 667.000 für Sachmittel und Gerätebeschaffung sowie 8,7 Millionen Euro für Bauinvestitionen geplant. 2015 erwartet die h_da zusätzliche Mittel in gleicher Größenordnung.

„Die in Aussicht gestellten Beträge erwecken einen recht fairen Eindruck“, sagt Prof. Dr. Ralph Stengler, Präsident der Hochschule Darmstadt. „Für rund ein Viertel mehr Studierende in Regelstudienzeit ist uns rund ein Viertel mehr Budget zugesagt worden. Dies ist die Basis dafür, dass wir beim Wachsen auch die Qualität unserer Studiengänge halten können. Das ist uns ganz wichtig.“

Personal

Erste Prognosen der Hochschule gehen davon aus, dass etwa 52 Professuren, 28 sogenannte Lehrkräfte für besondere Aufgaben, die ausschließlich in der Lehre arbeiten, 28 Laboringenieurinnen und -ingenieure, 10,5 Sekretariatsstellen und 25 Stellen in zentralen Serviceeinrichtungen und der Verwaltung aufgebaut werden müssen.

Studiengänge

Etwa die Hälfte der zusätzlichen Studienplätze soll durch den Ausbau bestehender Studiengänge geschaffen werden. Die andere Hälfte wird in neuen Studiengängen aufgebaut werden. Die in der Entwicklung am weitesten fortgeschrittenen Studienprogramme sollen zum Teil bereits im kommenden Wintersemester starten. Dazu gehört beispielsweise das neue Studienprogramm des Fachbereichs Bauingenieurwesen „Umweltingenieurwesen – nachhaltige Siedlungsplanung“. Ebenfalls im Winter 2013/14 will der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit erstmals Studierende in den neuen Bachelorstudiengang Wirtschaftspsychologie aufnehmen. (Zu beiden Studiengängen wird die Hochschule in Kürze gesonderte Pressetermine anbieten.)

Prof. Dr. Katja Lenz, Vizepräsidentin der Hochschule Darmstadt für Studium, Lehre und studentische Angelegenheiten: „Durch die Finanzierung neuer Studiengänge können wir jetzt unser Angebotsspektrum weiter ausdifferenzieren und neue aktuelle Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft aufgreifen. Viele Studiengänge davon sind von vornherein fachübergreifend angelegt, da auch die Probleme der Arbeitswelt unserer künftigen Absolventinnen und Absolventen immer komplexer werden.“

Ebenfalls im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit sollen Studiengänge entwickelt werden, die sich mit „Gerontologie und Diversität“ beschäftigen oder einen internationalen Fokus auf die Soziale Arbeit legen. Zudem ist ein interdisziplinär angelegter Master-Studiengang in der Entwicklung, mit dem Fachleute ihre Kompetenzen um Methoden des Risikomanagements und der Technikfolgenabschätzung ergänzen können.

Dazu kommen weitere Studiengänge, die möglichst bald in das Programm der Hochschule aufgenommen werden sollen. So treibt der Fachbereich Media derzeit die Aufgliederung des Bachelor-Studiengangs „Digital Media“ in die vier neuen Studienprogramme „Animation and Game“, „Interactive Media Design“, „Sound and Music Production“ sowie „Motion Pictures“ voran. Im gleichen Fachbereich ist ein Studiengang „Online Kommunikation“ sowie zwei neue duale Angebote „User Experience“ und „Medienproduktion“ im Gespräch.

Der Fachbereich Architektur plant einen neuen Master-Studiengang „Brandschutz“, der Fachbereich Elektrotechnik und Informationstechnik entwickelt derzeit Studienprogramme zur „Gebäudesystemtechnik“ und „Energieeffizienz“. Passend dazu will der Fachbereich Wirtschaft in zwei Jahren einen Master-Studiengang Energiewirtschaft anbieten. In der Informatik sind zwei duale Studiengänge im Gespräch, die sich mit „IT-Sicherheit“ und „Embedded Systems“ befassen.

Vorerst sollen in erster Linie mit den zusätzlichen HSP2020-Mitteln an den Fachhochschulen Bachelorstudiengänge finanziert werden. In welchem Umfang später auch neue Masterprogramme aufgebaut werden können, verhandeln derzeit Hochschulen und HMWK. „Wünschenswert sind natürlich möglichst viele Masterstudienplätze, um den zukünftigen Bachelorabsolventinnen und –absolventen wirklich die Wahl zwischen dem Jobeinstieg und der Weiterqualifizierung zu ermöglichen. Dafür setzen wir uns ein“, betont Präsident Stengler.

Raumbedarf

Der höhere Raumbedarf soll durch Gebäudeerweiterungen, Neubauten und Anmietungen befriedigt werden. Beispielsweise soll das Bibliotheksgebäude in der Darmstädter Schöfferstraße teilweise zu einem Lernprojektzentrum erweitert werden. Ebenfalls in der Schöfferstraße soll neben dem gerade im Bau befindlichen Hörsaalgebäude gegenüber dem Hochhaus ein weiterer Hörsaalbau errichtet werden. Als dritter Neubau ist eine Fahrzeughalle für den Fachbereich Maschinenbau und Kunststofftechnik vorgesehen. Dazu kommt die Sanierung und Erweiterung eines bestehenden Hörsaalgebäudes zwischen Berliner Allee und Havelstraße. Mit Ausnahme des Hörsaalneubaus werden die Baumaßnahmen vom Hessischen Baumanagement durchgeführt werden.

Hintergrund

Mit dem Hochschulpakt 2020 (HSP 2020) investieren Bund und Länder zusätzliche Mittel in den Ausbau von Studienplätzen, die durch die steigende Nachfrage nach Studienmöglichkeiten notwendig geworden sind. Nach der ersten Programmphase 2007-2010 läuft derzeit die zweite Programmphase 2011-2015. An den staatlichen Universitäten und Fachhochschulen in Hessen sollten nach Angaben des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (HMWK) ursprünglich daraus 25.778 zusätzliche Studienplätze finanziert werden. Nachdem die Kultusministerkonferenz 2012 ihre Vorausberechnung zur Entwicklung der Studierendenzahlen an die jüngsten Entwicklungen angepasst hatte, war in allen Bundesländern inklusive Hessen jedoch eine weitere Erhöhung der Finanzierungszusagen notwendig geworden. Die deswegen am vergangenen Mittwoch unterzeichneten Zielvereinbarungen sehen jetzt für die staatlichen Universitäten und Fachhochschulen in Hessen 40.925 zusätzliche Studienplätze vor, die mit HSP2020-Mitteln finanziert werden.

Die Gründe für die steigende Nachfrage nach Studienmöglichkeiten liegen unter anderem in der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit (G8), geburtenstarken Jahrgängen, einer allgemein höheren Studierneigung, einer größeren Zahl von Personen mit Hochschulzugangsberechtigung und der Abschaffung der Wehrpflicht.